

BEI DEN „VN“ ZU GAST: EXPERTEN ZUR PROBLEMATIK PRIVATE ALTERSVORSORGE

Politik braucht Mut zur Pensionswahrheit

Klima in Bevölkerung wäre psychologisch günstig – Pensionsantrittsalter muß klar steigen

VON ERICH ORTNER

Götzis, Bregenz (VN) 1970 arbeiteten die Österreicher durchschnittlich vom 19. bis zum 63. Lebensjahr, 1990 nur noch zwischen dem 22. und 58., also acht Jahre kürzer. Im gleichen Zeitraum stieg die Durchschnittslebenserwartung (und damit die Pensionsbezugsdauer) um vier bis zum 81. Lebensjahr: „Schon die zwei Sachverhalte machen deutlich, daß die staatliche Altersvorsorge unmittelbar auf den Kollaps zusteuert, wenn nicht das System der Altersvorsorge insgesamt radikal umgebaut wird!“

Diesen Appell an die politischen Verantwortlichen richteten gestern, im Rahmen einer Enquete über die Zukunft der Alterssicherung im Götzner Wirtschaftspark bzw. als Gäste der „VN“, Direktor Josef Buchinger als Vorsitzender der Sektion Lebensversicherung im Versicherungsverband, Meinungsforscher Dr. Rudolf Bretschneider vom Dr. Fessel + GfK-Institut sowie Altersvorsorgeexperte Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Gut aufbereiteter Nährboden

Daß die Politiker sogar einen psychologisch gut aufbereiteten Nährboden anträfen, um die ungeschönte Wahrheit rund um die staatliche Altersvorsorge unters Volk zu streuen, hat Bretschneider in einer Untersuchung im Sommer 1994 (nach einer ähnlichen Erhebung 1984) mit wissenschaftlicher Zuverlässigkeit ermittelt. Seine Befragungen ergaben unter anderem diese Befunde:

- Die Bevölkerung weiß sehr exakt Bescheid, daß die Finanzierung der Pensionen in spätestens 20 Jahren zusammenbricht, wenn das System nicht grundlegend reformiert wird; die aktuelle Diskussion um die Staatsverschuldung bzw. den an die Grenzen der Finanzierbarkeit gestoßenen Sozialstaat verstärkt das Unbehagen.



Buchinger, Bretschneider und Heubeck (3., 4. und 5. v. r.) im Gespräch mit der „VN“-Redaktion. (Foto: Zellhofer)

- Unbehagen bereitet auch das Wissen, daß immer weniger Berufstätige immer mehr Pensionsbezieher „erhalten“ müssen.
- In der „Hitliste“ jener Dinge, die laut Staatsbürgern vom Staat substantiell gefördert gehörten, rangiert – nach der Bildung von Haus- und Wohnungseigentum –

die Förderung von Renten und Pensionen an zweiter Stelle.

- Eben weil der Glaube an staatliche Pensionsnetz schwindet, haben 43 Prozent der 20- bis 54jährigen bereits Maßnahmen zur individuellen Altersvorsorge ergriffen. In Tirol und Vorarlberg beträgt deren Anteil sogar 52 Pro-

zent. Zum Vergleich: 1984 waren es erst 35 Prozent gewesen.

- An einem von Bretschneider fiktiv angebotenen, gemischten Modell – bestehend aus gegenüber heute reduzierter staatlicher Pension und privater Eigenvorsorge – wären im Prinzip 25 Prozent der Befragten „sehr interessiert“. Bretschneider: „Würde dieses Modell vom Staat spürbar gefördert, wären sogar 44 Prozent ‚sehr interessiert‘ an diesem kombinierten Pensionssozialnetz.“

Für Buchinger und den Vorarlberger „Bundesländer“-Landesdirektor Eugen Wirth wäre es angesichts der dringend zu forcierten privaten Altersvorsorge „höchste Zeit, daß Österreich als letztes Land Europas das archaische Instrument der Versicherungssteuer abschafft“.

Bedeute die doch nicht weniger, als daß ein heimischer Versicherungsnehmer in einen Vertrag mit 25 Jahren Laufzeit „in Form dieser Steuer eine Jahresprämie mehr bezahlt als alle anderen europäischen Versicherten“ (Buchinger).

2. und 3. Säule „verkümmert“

Laut Professor Heubeck rangiert Österreich, wo 93 Prozent der Brutto-Pensionsleistungen auf die staatliche Pension entfallen (in Deutschland rund 66 Prozent), mit den „europäischen Exoten“ Italien und Spanien bei den unrühmlichen Schlußlichtern im EU-Vergleich.

In die als „zweite Säule“ bezeichnete Betriebspension könne man in Österreich kurzfristig aber auch kaum Hoffnungen setzen: Einmal, weil die schon gegebenen Lohnnebenkosten Arbeitgeberbelastung genug verkörperten, zum zweiten, da die gesetzlichen Rahmenbedingungen total unattraktiv sind, indem beispielsweise die Arbeitnehmerbeiträge zur Firmenpension nicht steuerlich

absetzbar sind. „Bleibt nur die dritte Säule, die private Eigenvorsorge, mit der sich Österreich aus dem auch demographisch vorgezeichneten Pensionsdilemma noch einmal davonstellen könnte – denn kein Mensch wird glauben, die Pensionsbeitragssätze von heute rund 27 auf rund 45 Prozent in 20 Jahren anheben zu können, wie es bei unkorrigiertem Fortschreiben des Istzustandes unerlässlich wäre“, verwies Heubeck auf die einzige denkbare, ebenso schlecht akzeptable Alternative.

Die bestünde im Herunterfahren der Leistungen auf eine Art „Volksrente“, von der es zur Verarmung und Verelendung der Alten nicht mehr weit wäre. Heubeck empfiehlt fol-

gende Lösungsansätze für die Alterssicherung:

- Die Umlagefinanzierung schrittweise absenken, die Zuwächse der Staatspension einbremsen, und zwar „für die jeweils Betroffenen erträglich“.

- Parallel sind Anreize und Erleichterungen für die private Vorsorge zu schaffen, die staatliche Förderung muß „zu spüren sein“.

- Um private Kapitalbildung zu ermöglichen, müssen Beiträge von 15 bis 20 Prozent des Aktiveinkommens abzugsfähig gemacht werden.

- Auch Zinserträge aus Versorgungskapital müssen steuerfrei bleiben.

- Vor allem müßten die Politiker die harten Fakten mit einem guten politischen Marketing „verkaufen“, Lösungen anbieten, die in den Augen der Bürger als „langfristig solide“ akzeptiert werden.